

Thiel, Eberhard

Article — Digitized Version

Mangelnde Budgetklarheit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Thiel, Eberhard (1992) : Mangelnde Budgetklarheit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 72, Iss. 12, pp. 612-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136948>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der Bundestag hat den Bundeshaushalt 1993 in Höhe von 435,6 Mrd. DM verabschiedet. Die Nettokreditaufnahme ist auf 43 Mrd. DM fixiert worden und liegt damit höher als im Entwurf. Der Lehrbuchsatz, daß rezessionsbedingte Mindereinnahmen und Mehrausgaben durch eine erhöhte Kreditaufnahme ausgeglichen werden sollten, wurde damit von der Regierung gerne befolgt. Daß der zweite Teil des Satzes, in Boomzeiten die Nettokreditaufnahme drastisch zu vermindern, übersehen wurde, trägt mit zu den gegenwärtigen finanzpolitischen Engpässen bei.

Entscheidend hierfür ist jedoch die von der Regierung gewählte und vom Parlament gebilligte spezifische Art der Finanzierung der deutschen Vereinigung: Da einerseits die Chance zur Kürzung der bisherigen Ausgaben oder wenigstens zur Verminderung der aktuellen Steigerungsraten weithin verpaßt wurde und da andererseits eine Steuererhöhung zunächst kategorisch abgelehnt wurde und sogar das Instrument des dann doch eingeführten Solidaritätszuschlags zu früh aus der Hand gelegt wurde, war man zur Erhöhung der Verschuldung gezwungen. Die Regierung erweckte lange Zeit den Eindruck, daß möglichst vieles normal weiterlaufen sollte, und übersah dabei, daß es sich bei den wirtschaftlichen Konsequenzen der deutschen Vereinigung nicht um ein kurzfristiges Phänomen, sondern um einen Struktur-schock handelt, der im Westen wie im Osten langfristige Konsequenzen hat.

Zusätzlich zur üblichen Kritik am Haushaltsplan wurde in diesem Herbst massiv der Vorwurf der Unvollständigkeit des Budgets erhoben. Das bezog sich zuletzt nicht mehr hauptsächlich auf die in Nebenhaushalten notierten Aktivitäten der Treuhandanstalt und des Kreditabwicklungsfonds, die nun immerhin in der Mittelfristigen Finanzplanung des Bundes für die folgenden Jahre



Eberhard Thiel

Mangelnde Budgetklarheit

erscheinen. Vielmehr ergab sich die Kritik durch das erst spät artikuliert und quantifizierte Bekenntnis, weiterhin steigende Transfers für die neuen Bundesländer finanzieren zu müssen. Die vorgesehenen zusätzlichen Aufwendungen für eine Anhebung der Investitionszulage für ostdeutsche Unternehmen, der Zahlungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, der Eigenkapitalhilfe und der Mittel für den Wohnungsbau sollen später in einem Nachtragshaushalt 1993 präzisiert werden. Um diesen finanzieren zu können, wird mancherlei diskutiert, unter anderem eine Überprüfung aller, auch der sozialen Leistungsgesetze, eine Begrenzung der Einkommenssteigerung für Staatsbedienstete auf den Inflationsausgleich, eine Senkung von Standards von Staatsleistungen und schließlich ein Abbau von Subventionen.

Mit Sparen und Umschichten zugunsten Ostdeutschlands ist sicherlich der richtige Weg umschrieben worden. Wenn dieser Tausch auf der Ausgabenseite gelänge, wäre der Vorwurf der Unvollständigkeit in bezug auf die Budgetsumme entkräftet, nicht aber in bezug auf den qualitativen Gehalt des Budgets. Mangelnde Budgetklarheit besteht weiterhin;

denn was nützt z. B. einem Unternehmer die heute fixierte Ausgabenhöhe eines ihn betreffenden Titels, wenn dieser bis in das nächste Jahr hinein lediglich als vorläufig anzusehen ist. Zu der Unsicherheit im finanzpolitischen Raum trägt gegenwärtig auch der Streit innerhalb der Bundesregierung bei, ob im geplanten Standortsicherungsgesetz die Senkung der Unternehmensbesteuerung durch Subventionsabbau oder durch eine Verringerung der Abschreibungsmöglichkeiten finanziert werden soll.

Zweifel an der Durchsetzbarkeit solcher eventuell in zweistelliger Milliardenhöhe anstehenden Spar- und Umschichtungspläne bestehen angesichts der jüngsten Erfahrungen mit wesentlich geringeren Volumina durchaus zu Recht. Selbst die Bundesregierung scheint nicht gänzlich vom Erfolg dieser Aktion überzeugt zu sein. Denn jeder Erläuterung der künftigen Budgetstruktur folgt der Satz, daß möglicherweise als letztes Mittel dann doch Steuererhöhungen erforderlich würden. Dabei wird das Jahr 1995 anvisiert, in dem der Finanzausgleich zwischen den föderalen Ebenen neu geordnet werden muß und die Integration der nach der Vereinigung geschaffenen Fonds fällig wird.

Solch unpräzise Ankündigungen machen mit Sicherheit einen Teil des möglichen Erfolgs der antizyklischen Verschuldung zunichte. Sparen, Umschichten und mögliche höhere Abgaben sollten schon lange Elemente eines Solidarpakts sein, der letztlich auf eine Umschichtung der Ressourcen zu Lasten des privaten und öffentlichen Verbrauchs und auch überzogener öffentlicher Investitionen insbesondere in Westdeutschland zugunsten arbeitsplatzschaffender Investitionen in Ostdeutschland abzielt. Die Akzeptanz eines solchen Solidarpakts kann gegenwärtig – immerhin drei Jahre nach dem Herbst 1989 – mangels nachprüfbarer Vorschläge noch nicht einmal getestet werden.